

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
(79. - öffentliche - Sitzung am 7. Juni 2017)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der bäuerlichen Agrarstruktur in Niedersachsen (Niedersächsisches Agrarstruktursicherungsgesetz - NASG -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/8003](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Er kam überein, dass - zusätzlich zu den kommunalen Spitzenverbänden - von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils bis zu vier und von den Fraktionen der Grünen und der FDP jeweils bis zu zwei Anzuhörende benannt werden können.

Als Termin für die Anhörung nahm der Ausschuss den 30. August 2017 - Sitzungsbeginn 10.30 Uhr - in Aussicht.

Er bat darum, die Anzuhörenden der Landtagsverwaltung am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnitts mitzuteilen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/8171](#)

Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion beantragten, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Die Ausschussmitglieder der Koalitionsfraktionen sprachen sich dafür aus, stattdessen schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Der Ausschuss entschied sich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP für die Einholung schriftlicher Stellungnahmen.

Er bat darum, ihm die Stellungnahmen bis Anfang August zuzuleiten. Die Verbände und Organisationen, die um Stellungnahmen gebeten werden sollen, sollen der Landtagsverwaltung am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnitts mitgeteilt werden.

Als Termin für die weitere Beratung des Gesetzentwurfs nahm der Ausschuss den 23. August 2017 in Aussicht.

Mit der Befassung in der heutigen Sitzung sah der Ausschuss den Gesetzentwurf als eingebracht an.

3. **Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LRÖP)**
Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - [Drs. 17/8161](#)

Der Ausschuss verzichtete darauf, gegenüber dem Plenum des Landtages eine Beschlussempfehlung abzugeben.

4. **Fleisch bleibt Fleisch und Wurst bleibt Wurst - Bessere Kennzeichnung von Fleischimitaten**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6404](#)

Mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung des Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP folgte der Ausschuss der Empfehlung des Unterausschusses „Verbraucherschutz“ und empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag in der Fassung der Vorlage 9 anzunehmen.

5. **Illegalen Exotenhandel bekämpfen - Tierschutz verbessern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6408](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Behandlung des Antrages zurück, um zunächst Gelegenheit zu geben, die mittlerweile eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen auszuwerten.

Der Ausschuss bat die Sprecher der Fraktionen, mitzuteilen, ob der Versuch unternommen werden soll, eine gemeinsam von allen Fraktionen getragene Beschlussempfehlung zu erarbeiten.

6. **„Bauernhof Niedersachsen“ - Wenn Ackerbauern Wirtschaftsdünger aufnehmen sollen, muss auch der nötige Lagerraum genehmigt werden**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5486](#)

Der Ausschuss stellte die weitere Beratung des Antrages zurück. Er bat die Landesregierung vor dem Hintergrund der Frage der Privilegierung von gemeinschaftlichen Tierhaltungsanlagen um weitere Auskünfte zur Frage, inwieweit gemeinschaftliche Wirtschaftsdüngerlagerstätten als privilegierte Vorhaben im Außenbereich errichtet werden können.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Vorkommnisse rund um den Ausbruch des Erregers H5N8 in drei Putenställen in Garrel, Landkreis Cloppenburg**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über das Boykott-Schreiben der Tierschutzorganisation PETA, welches an 1 400 Schulen und Kitas in Niedersachsen übermittelt wurde**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss nahm als weiteren Sitzungstermin den 23. August 2017 in Aussicht. Die dem Ausschuss angehörenden Mitglieder des Unterausschusses „Verbraucherschutz“ waren damit einverstanden, die für diesen Tag vorgesehene Sitzung des Unterausschusses ausfallen zu lassen.